

In die Ratsversammlung

Haushaltsplan 2021 / 2022 - Finanzhaushalt
Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Haushaltssatzung 2021/2021 (DS 2384/2020)

Teilhaushalt: 66 Tiefbau

Investitionsmaßnahme: Sammelmaßnahme 66000901, Fachbereich 66, Sonst. Maßn.

Einzahlungsart/Auszahlungsart: 27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Ertragsart/Aufwandsart

Antrag,

folgende Ansatzveränderung ab Haushaltsjahr 2021 vorzunehmen:

	für 2021	für 2022	
Der Aufwand wird um	75.562.500 €	75.562.500 €	erhöht.

Begründung:

Im ADFC-Fahrradklima-Test 2020 hat Hannover den ersten Platz mit höchstens mittelmäßiger Bewertung knapp verfehlt und bleibt damit weit hinter der politischen Selbsteinschätzung zurück. Zeit, das zu ändern!

151.125.000 € werden fest für die Verkehrswende eingeplant – ein realistischer Mindestbetrag (anhand tatsächlicher Umbau- und Planungskosten errechnet), um Hannover auch in Sachen Radverkehr wieder ganz nach vorne zu bringen. Die Landeshauptstadt, die selbst von der Autolobby (ADAC) für ihr miserables Radwegenetz abgestraft wurde, hat das bitter nötig.

Die angesetzten Aufwendungen verteilen sich auf verschiedene Maßnahmen, die im Einzelnen im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss bereits beantragt wurden:

- Rückbau von Parkplätzen für PKW, insbesondere auf Straßenflächen, die auch vom Radverkehr genutzt werden könnten: 25.000.000 € je Haushaltsjahr,
- Rückbau von Autostraßen zur Einrichtung einer eigenen Fahrradspur: 150.000 € je Haushaltsjahr,
- Sperrung von ausgewählten Straßen für den privaten Autoverkehr (Beispiel Engelbosteler Damm zwischen Christuskirche und Kopernikusstraße): 150.000 € je Haushaltsjahr,

- Ampelphasen an Kreuzungen anpassen bzw. trennen, damit tödliche Unfälle mit Radfahrer*innen dort in Zukunft ausbleiben: 100.000 € je Haushaltsjahr,
- Kreuzungen freihalten, Sichtbeziehungen schaffen, störende Werbeschilder abbauen: 100.000 € je Haushaltsjahr,
- Defekte Radwege mit Schlaglöchern, Baumwurzeln oder sonstigen Schäden sofort ausbessern: 2.500.000 € je Haushaltsjahr,
- Die Planung und den Bau von Radschnellwegen wesentlich beschleunigen: 30.000.000 € je Haushaltsjahr,
- Echte Fahrradstraßen einrichten, statt folgenlos nur noch mehr Schilder aufzustellen: 50.000 € je Haushaltsjahr,
- Fahrradabstellplätze und Boxen an Endhaltestellen und ausgewählten Orten bauen: 2.500.000 € je Haushaltsjahr,
- „Shared Spaces“ schaffen durch weniger bauliche Trennung in Wohngebieten: 15.000.000 € je Haushaltsjahr,
- Ortstermine zum Fahrradverkehr müssen von der Verwaltung verpflichtend mit dem Fahrrad durchgeführt werden: 12.500 € je Haushaltsjahr.

Dieser im Vergleich zu den Kosten für Kraftverkehrsinfrastruktur verschwindend geringe Betrag (und doch so viel höher angesetzt als von der Mehrheitspolitik bisher beschlossen) ermöglicht der Landeshauptstadt eine ernstgemeinte, nachhaltige Verkehrswende.

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender